



LUDWIG-
MAXIMILIANS-
UNIVERSITÄT
MÜNCHEN

INSTITUT FÜR SOZIOLOGIE
PROF. DR. JOSEF BRÜDERL



Beispielklausur zur Vorlesung „Sozialstrukturanalyse“ WS 2017/18

Nachname: _____

Vorname: _____

Matrikelnummer: _____

Geburtsdatum: _____

Die Klausur enthält 30 Fragen mit jeweils vier Antwortalternativen. Bei jeder Frage ist **genau eine** Antwort richtig. Für jede richtig beantwortete Frage gibt es einen Punkt. Für falsch beantwortete Fragen gibt es keinen Punkt. Sind bei einer Frage keine oder mehrere Antworten angekreuzt, gibt es keinen Punkt. Zum Bestehen der Klausur sind 60% der Punkte erforderlich (also 18 richtig beantwortete Fragen).

Übertragen Sie bitte zum Schluss Ihre Antworten auf einen **Auswertungsbogen**. Bitte verwenden Sie nur schwarzen oder blauen Kugelschreiber und markieren Sie mit ordentlichen Kreuzen. Ein falsch angekreuztes Feld vollständig übermalen und ein Kreuz in das richtige Feld setzen. Bitte keine Anmerkungen oder Post-it Zettel auf dem Auswertungsbogen anbringen.

VIEL ERFOLG!

1. Werturteilsfreiheit:
 - a) Die Forderung nach Werturteilsfreiheit stammt von Max Weber.
 - b) Wertbeladene Forschung führt immer zu falschen Ergebnissen.
 - c) Replikationen von sozialwissenschaftlichen Ergebnissen sind unnötig.
 - d) Normative Sätze müssen in der Sozialforschung repliziert werden.

2. Das „Modell soziologischer Erklärung“
 - a) strebt eine Makrofundierung soziologischer Erklärungen an.
 - b) ist eine Makro-Mikro-Makro Erklärung.
 - c) ist wie alle Makro-Erklärungen unvollständig.
 - d) will Soziales mit Sozialem erklären.

3. Querschnitt und Längsschnitt:
 - a) Zeitreihendaten erlauben die Untersuchung individueller Dynamik.
 - b) Mit Paneldaten kann man Lebenslaufanalysen machen.
 - c) Paneldaten sind Querschnittsdaten auf der Mikroebene.
 - d) Längsschnittdaten liefern ein zeitpunktbezogenes Bild sozialer Strukturen.

4. Der Übergang von einer Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft vollzog sich in Deutschland
 - a) mit dem Abstieg des primären Sektors (um 1870).
 - b) mit der Dominanz des sekundären Sektors (um 1890).
 - c) mit der Dominanz des tertiären Sektors (um 1975).
 - d) als die Zahl der Dienstleistungsbeschäftigten die Industriearbeiter überholte (um 1960).

5. Gesellschaftsmodelle
 - a) Heute leben wir in einer Wissensgesellschaft, weil der Bildungs-Sektor dominiert.
 - b) Die postindustrielle Gesellschaft folgt auf die Dienstleistungsgesellschaft.
 - c) In der Agrargesellschaft dominiert mit dem primären Sektor die wegen geringer Produktivität noch personalintensive Landwirtschaft.
 - d) Die Risikogesellschaft zeichnet sich durch Entgrenzung aus, d.h. nationale Grenzen verlieren durch die Globalisierung an Bedeutung.

6. Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland:
 - a) Die demographische Grundgleichung besagt, dass die Bevölkerung in Deutschland kaum zurückgehen wird.
 - b) Die demographische Grundgleichung besagt, dass die Bevölkerung „ceteris paribus“ um die Summe der Geburten und Zuzüge wächst.
 - c) Die demographische Grundgleichung besagt, dass die Bevölkerung mit der Differenz aus Geburten und Fortzügen wächst.
 - d) Sterbefälle und Zuzüge bestimmen die Bevölkerungsentwicklung heutzutage weitgehend.

7. Die Perioden-Geburtsziffer (TFR) hat gegenüber der Kohorten-Geburtsziffer (CFR) den Nachteil, dass
 - a) sie ein Schätzwert für die Kinderzahl einer Frauenkohorte ist.
 - b) die Politik anhand dieses Maßes kurzfristig auf Veränderungen in der Stärke von Geburtsjahrgängen reagieren kann (z.B. Bereitstellung von Krippenplätzen, etc.).
 - c) dass man mit ihr demographische Übergänge analysieren kann.
 - d) sie auf Tempo-Effekte reagiert und damit die Politik leicht in die Irre führt.

8. Nach der familienökonomischen Handlungstheorie entscheiden sich Paare für Kinder, wenn
 - a) Opportunitätskosten < Konsumnutzen ist.
 - b) $(\text{Konsumnutzen} + \text{Einkommensnutzen} + \text{Versicherungsnutzen}) - (\text{direkte Kosten} + \text{Opportunitätskosten}) > 0$ ist.
 - c) der Nutzen von Kindern kleiner als die Kosten ist.
 - d) es keine „Konkurrenz der Genüsse“ gibt.

9. Frauen mit höherer Bildung sind in Westdeutschland häufiger kinderlos, weil
- a) sie schlechteren Zugang zu Kinderbetreuungsmöglichkeiten haben.
 - b) für sie der Konsumnutzen von Kindern geringer ist.
 - c) mit steigender Bildung eher Wert auf die „quantity“ von Kindern gelegt wird.
 - d) mit steigender Bildung die Opportunitätskosten von Kindern steigen.
10. Altersstruktur:
- a) Die Altersstruktur der deutschen Bevölkerung 2009 entspricht dem Muster eines „Bienenstocks“.
 - b) Ein „Pilz“ ist das typische Muster einer stationären Bevölkerung.
 - c) Die Altersstruktur der deutschen Bevölkerung hat sich im 20. Jhd. von einer „Pyramide“ hin zu einer „Pagode“ entwickelt.
 - d) Von einer „stationären Bevölkerung“ spricht man, wenn bei einer Migrationsbilanz von null die Geburten gleich den Sterbefällen sind.
11. Lebenserwartung:
- a) In Deutschland kommt es zu einer „Rektangularisierung“ der Lebenserwartung.
 - b) Die Sterbewahrscheinlichkeit verläuft n -förmig.
 - c) Die Sterbewahrscheinlichkeiten aufmultipliziert ergeben die Lebenserwartung.
 - d) Die Lebenserwartung bei Geburt ist die Fläche unter der Überlebenskurve.
12. Migration:
- a) „Intervening opportunities“ haben Wanderungen über lange Distanzen zur Folge.
 - b) „Migrationspioniere“ bevorzugen Zielorte mit geringer Unsicherheit.
 - c) „Migrationspioniere“ folgen später den sogenannten „Kettenmigranten“, da dann sichere Informationen über den Zielort vorliegen.
 - d) Junge Menschen haben eine höhere Migrationswahrscheinlichkeit, weil sich für sie Humankapitalinvestitionen eher rentieren.
13. Der Ausländeranteil in Deutschland
- a) ist in den neuen Bundesländern geringer als in den alten Bundesländern.
 - b) ist größer als der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund.
 - c) liegt bei ca. 20%.
 - d) ist bedingt durch Einbürgerungen weiter ansteigend.
14. Lebensformen:
- a) 2005 waren 38% der deutschen Haushalte Ein-Personen Haushalte.
 - b) 2005 lebten in Deutschland 38% der Personen in Ein-Personen Haushalten.
 - c) 2005 waren 38% der Deutschen „Single“.
 - d) 2005 waren 62% der deutschen Haushalte Kernfamilien.

-
15. Pluralisierung:
- Strukturelle Pluralisierung ist keine notwendige Voraussetzung für einen Anstieg der distributiven Pluralisierung.
 - Strukturelle Pluralisierung kann mit der qualitativen Varianz gemessen werden.
 - Bei konstanter struktureller Pluralisierung kann es nicht zu einem Anstieg der distributiven Pluralisierung kommen.
 - Mit struktureller Pluralisierung bezeichnet man die zunehmende Homogenität der Lebensformen.
16. Die Pluralisierung der Lebensformen
- ist insbesondere Ausdruck eines Wertewandels hin zu Familienwerten.
 - lässt sich als funktionales Äquivalent zum Strukturwandel der Arbeitswelt begreifen.
 - lässt sich sozialstrukturell über veränderte Handlungsmöglichkeiten der Akteure erklären.
 - folgt aus Durkheims Kontraktionsgesetz.
17. Bildungshomogamie in Partnerschaften ergibt sich u.a. durch
- das Maximierungsprinzip bei unterschiedlicher Bildungsverteilung.
 - die bildungsspezifischen Gelegenheitsstrukturen (Meeting-and-Mating These).
 - den Anstieg der nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften.
 - Foki, die sozial wenig strukturiert sind.
18. Der Rückgang der Heiratsneigung
- kann damit begründet werden, dass heute die eheliche Arbeitsteilung oft unprofitabel und deshalb eine rechtliche Absicherung unnötig ist.
 - findet seinen Ausdruck im Anstieg des Erstheiratsalters in Deutschland seit 1950.
 - ist darin begründet, dass Paare Spezialisierungsgewinne realisieren können.
 - stellt die Kostenersparnisse einer Produktionsgemeinschaft in Frage.
19. Soziale Ungleichheit:
- Das Geschlecht ist eine Dimension sozialer Ungleichheit.
 - Direkt für das Wohlbefinden relevante Zwischengüter definieren Ungleichheit.
 - Soziale Ungleichheit ist definiert als Unterschiede auf Klassifikationsmerkmalen.
 - Soziale Unterschiede definieren soziale Ungleichheit.
20. Die Bildungsexpansion
- führte erst zu einem Ausbau der Universitäten, dann zu mehr beruflichen Ausbildungsplätzen.
 - begann bereits um 1950.
 - ist ein rein deutsches Phänomen.
 - war eine Folge des Wandels der Berufsstruktur hin zu Berufen in der Bildungsbranche.

21. Bildungsungleichheit nach sozialer Herkunft:
- Die Unterscheidung primärer und sekundärer Effekte geht auf Neugebauer zurück.
 - Sekundäre Effekte zeigen sich z.B. darin, dass Kinder aus niedrigeren Schichten bei gleicher Leistung eher keine Gymnasialempfehlung erhalten als Kinder aus höheren Schichten.
 - Sekundäre Effekte zeigen sich z.B. darin, dass Kinder aus niedrigeren Schichten im Mittel bei Leistungstests schlechter abschneiden.
 - Primäre Effekte sind nach Neugebauer in höherem Maße für Schichtunterschiede ursächlich als sekundäre Effekte.
22. Bildungsungleichheit nach sozialer Herkunft:
- Kinder von Akademikern haben heutzutage eine etwa 5-mal höhere Chance aufs Gymnasium zu gehen, als Kinder, deren Eltern nicht-Akademiker sind.
 - Die Wahrscheinlichkeit zu studieren ist für nicht-Akademikerkinder höher als für Kinder von Akademikern.
 - Die Wahrscheinlichkeit, auf das Gymnasium zu gehen, ist für Arbeiterkinder geringer als für Kinder von Akademikern. Diesen Unterschied bezeichnet man als „primären Effekt“.
 - Ein primärer Effekt liegt vor, wenn Lehrer Kindern aus höheren Schichten eher eine Übertrittsempfehlung geben.
23. Soziale Gerechtigkeit im Bildungssystem:
- Das Perry Preschool Experiment zeigt, dass eine Vorschule bei Unterschichtkindern einige Outcomes verbessert.
 - Durch frühe Beschulung will man die sekundären Effekte reduzieren.
 - Leistungsunterschiede sind nach dem Prinzip der Verfahrensgerechtigkeit ungerecht.
 - Die Brutto Odds-Ratio Ratio ist ein um Leistungsunterschiede bereinigtes Gerechtigkeitsmaß.
24. Äquivalenzeinkommen:
- Berechnet man, weil manche Menschen mehr, manche weniger Geld für ihren Lebensstandard benötigen.
 - Das Bedarfsgewicht von „0,9“ für Kinder nach der modifizierten OECD-Skala ist im geringeren finanziellen Bedarf von Kindern begründet.
 - Das Bedarfsgewicht von „0,5“ für einen weiteren Erwachsenen nach der modifizierten OECD-Skala ist in den ökonomischen Vorteilen großer Haushalte begründet.
 - Die Summe der Bedarfsgewichte entspricht der Zahl der Personen im Haushalt.
25. Der Gini-Koeffizient
- nimmt den Wert 1 an, wenn die Ungleichheit maximal ist.
 - wäre in Deutschland ohne staatliche Umverteilung geringer.
 - ist in Deutschland 2010 auf den Wert von 0,2 gesunken.
 - nimmt den Wert 1 an, wenn die Lorenzkurve nicht von der Gleichverteilungsdiagonalen abweicht.

26. Ein Armutparadoxon ist, dass
- a) materiell arme Menschen auf kulturellen und sozialen Dimensionen durchaus reich sein können.
 - b) eine allgemeine Wohlstandssteigerung die absolute Armut verringert.
 - c) eine allgemeine Wohlstandssteigerung nicht unbedingt zu einer Verringerung des Anteils relativ armer Menschen führt.
 - d) absolut ärmere Gesellschaften immer eine geringere relative Armut aufweisen.
27. Gesundheitsungleichheit:
- a) Der bessere Zugang zur Gesundheitsversorgung für gebildete Menschen ist der wichtigste Mechanismus für ihre längere Lebenserwartung.
 - b) „Exposure-Mechanismen“ sind eher unbedeutend zur Erklärung der sozialen Unterschiede in der Lebenserwartung.
 - c) Selektion der Gesünderen in bessere soziale Positionen ist ein wichtiger Mechanismus, der dazu führt, dass Reiche länger leben.
 - d) Der Hauptgrund für die kürzere Lebenserwartung der Armen ist, dass sie mehr rauchen.
28. Das Matthäus-Prinzip
- a) führt zu Statuskonsistenz.
 - b) ist Folge des Kompensationsprinzips.
 - c) führt zu Statusinkonsistenz.
 - d) führt zu einer geringen Korrelation von Dimensionen sozialer Ungleichheit.
29. Soziale Ungleichheit ist
- a) nach der marxistischen Theorie durch soziales Kapital bedingt.
 - b) nach der funktionalistischen Theorie eine funktionale Notwendigkeit.
 - c) nach dem markttheoretischen Ansatz eine Folge der Entscheidungen vieler Individuen auf institutionell beschränkten Märkten.
 - d) nach dem markttheoretischen Ansatz durch Pfadabhängigkeiten bedingt.
30. Schichtmodelle:
- a) Ein gutes Schichtmodell weist innerhalb der Schichten hohe Homogenität und zwischen den Schichten viel Varianz auf.
 - b) Das heute gebräuchlichste Klassenmodell ist das Wright-Modell.
 - c) Das EGP-Klassenschema geht von der Individualisierung aus.
 - d) Die Individualisierungsthese geht davon aus, dass heutzutage innerhalb der Schichten hohe Homogenität vorliegt.